

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Zeugungspreis monatlich, drei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expeditionsbüro: Dresden-L. / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690. Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-L. / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die erstmalig gestaltete Monoparallele oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restanzeige anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. / Fernsprecher: 17 259 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 11. August 1928

Nummer 187

## Die Sozialdemokratie bewilligt den Panzerkreuzer!

Berlin, 11. August. (Eigener Drahtbericht)

In der gestern unter Vorsitz des Reichkanzlers Hermann Müller abgehaltenen Kabinettsitzung wurde beschlossen, den Bau des Panzerkreuzers A in Angriff zu nehmen. Der Beschluß erfolgte einstimmig mit den Stimmen der sozialdemokratischen und demokratischen Koalitionsminister.

### Auf dem Wege zum 4. August

S. Dresden, 11. August.

Die deutsche Sozialdemokratie hat den Nachhabern der schwarz-rot-goldenen Republik ein würdiges Geschenk zum Verfassungstag bereitet. Ein Symbol für das Wesen und den wirklichen Inhalt dieser demokratischen Republik, deren ständiger Bestand wir an anderer Stelle eine eingehende Würdigung zu teil werden lassen.

Der Beschluß des Müller-Kabinetts, die Zustimmung der sozialdemokratischen Koalitionsminister zum Bau des Panzerkreuzers A in der Situation gesteigerter Kriegesgefahr weist der Zustimmung der SPD-Minister eine ungeheure Bedeutung zu. Es wäre im höchsten Maße gefährlich, die Bewilligung des Panzerkreuzers durch die SPD-Minister und ihre Unterwerfung unter die Forderung der Großbourgeoisie nur aus den besonderen innenpolitischen Schwierigkeiten der Regierungskoalition zu erklären.

Die sozialdemokratische Presse, die heute vor ihren Lesern die Bewilligung des Panzerkreuzers verteidigen muß, wird selbstverständlich damit abzuwehren versuchen, als seien die sozialdemokratischen Minister durch die Statistiken gezwungen worden, ihre Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers zu geben und die neue „Regierung der Räder“ nur die Erbschaft des vorigen Reichstages und des Bürgerblodes vollziehe. Der Vorwärts von heute morgen verzucht die Täuschung der Arbeiter bereits in dieser Richtung. Die Dresdener Volkszeitung wird das Panzerkreuzerlied nach der gleichen Melodie singen. Das Zentralorgan der SPD registriert heute morgen den Kabinettschluß erst auf der dritten Seite seines Hauptblattes. Auf der ersten Seite veröffentlicht der Vorwärts einen Artikel Severings, und auf der zweiten einen vom preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun verfaßten Artikel für die Verfassung. Zum Schluß registriert der Vorwärts lakonisch: „Der Panzerkreuzer wird gebaut werden trotz der jehigen Zusammenlegung des Reichstages und trotz des Regierungswechsels.“

Die bürgerliche, vor allem die deutschnationale Presse begrüßt heute morgen den Beschluß mit Jubelstößen. Die deutschnationalen Dresdener Nachrichten erklären: „Die erste Bausteine für den Panzerkreuzer A ist bewilligt. Das bedeutet natürlich, daß das Schiff überhaup t gebaut wird, denn man kann selbstverständlich nicht mit dem Bau beginnen, ohne ihn dann auch zu Ende zu führen. Nach der Fertigstellung des Panzerkreuzers A soll dann die Entschcheidung gefällt werden, ob der Bau weiterer Kreuzer zweckmäßig sei oder nicht.“ Und dann erklären die Nachrichten: „Es dürfte der Linkspresse gewiß schwer fallen, diese von der ursprünglichen Haltung so ganz verschiedene Stellungnahme der sozialdemokratischen und demokratischen Minister ihren Lesern plausibel zu machen.“

In der Tat, die Aufgabe der SPD-Presse ist keine leichte. Die sozialdemokratischen Arbeiter und mit ihnen die gesamte deutsche Arbeiterchaft wird sich daran erinnern, wie die SPD-Führer vor dem 20. Mai ihre Wah lpropaganda betrieben: „Wer denn der Panzerkreuzer ist, müßt Vise!“ — „Kinderpeinigung statt Panzerkreuzer!“ so rief Margarete Stegmann in ihrem Aufsatz „Das gepanzerte Symbol“ am 17. Juli in der Dresdener Volkszeitung. Noch am 9. August erklärte die sozialdemokratische Plauenener Volkszeitung zur Frage des Baues des Panzerkreuzers:

„Es ist also wahrscheinlich, daß unsere Genossen in der Regierung in der Kreuzerfrage überstimmt werden. Wie würden es für den suchtdarben politischen Fehler halten, wenn unsere Genossen sich mit einer solchen Zustimmung begnügen würden, ohne sofort die Kabinettsfrage zu stellen. Selbst diejenigen, die noch immer glauben, in der Koalition irgend etwas für das Proletariat erreichen zu können, müssen sich klar darüber sein, daß jede etwa gegebene Wirkungsmöglichkeit veran wird, wenn man sich der Drohung der Volkspartei mit der Regierungsjorengung beugt. Die Volkspartei wird dann in jedem Falle ebenso verfahren, weil sie dann mit Recht annehmen kann, daß ihre Drohung allein genügt, der Gesamtregierung ihren Willen aufzuzwingen. Es geht mit dem Panzerkreuzer zugleich ein großer Teil proletarischer

tarischen Vertrauens der sozialdemokratischen Partei zur Entscheidung! Wägen sich unsere Genossen in der Regierung dieser Bedeutung der Frage bewußt sein und mögen sie, wenn der Panzerkreuzerbau gegen ihren Willen beschlossen wird, der Bourgeoisie erklären, daß sie allein die Verantwortung tragen möge, wenn sie ihren Klassenwillen in derart brutaler Weise durchzusetzen gewillt ist.“

Es ist nach anders gekommen, als die linke Plauenener Volkszeitung damals schrieb. Die sozialdemokratischen Koalitionsminister haben nicht nur nicht die Konsequenzen gezogen, haben die Kabinettsfrage nicht gestellt, bleiben nicht in der Minderheit bei der Abstimmung, sondern bewilligten dem neudeutschen Imperialismus die Mittel zur Ausführung. Wie ein Hahn wirt dieser Beschluß auf die sozialdemokratischen Arbeiter, denen der linke Rosenfeld vor der Regierungsbildung einredete, daß die SPD als Preis für ihre Regierungsbeteiligung neben einer großen Anzahl anderer Forderungen auch die sofortige Einstellung der Arbeiten für den Panzerkreuzerbau verlangen werde. Heute sitzt die SPD in der Regierung. Ihre Minister tanzen nach der Pfeife der schwerindustriellen Nachhaher und befinden sich völlig in den Händen des Truhtkapitals, vollziehen die Politik der Bürgerblockregierung zur Bewilligung der kapitalistischen Klassenherrschaft und zur weiteren Unterdrückung der Arbeiterklasse. Mit dem Beschluß und der Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers bekennen sich die SPD für die weitere Fortführung des imperialistischen Kurzes der deutschen Bourgeoisie für eine neue Aufrüstungs- und Kriegspolitik und die Einkreisung der Sowjetunion. Die Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers ist nur der innerpolitische Ausdruck für die Gefolgschaft der Sozial-

demokratie in dem imperialistischen Kurs der von Stresemann geführten Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie, der die teilweise Eingliederung Deutschlands in die Antilawfront darstellt. Unterirdisch wird dieser von der SPD geführte Kurs durch die Haltung der deutschen Regierung in der Frage der Beteiligung der Sowjetunion am Kelloggpaß, bei der die deutsche Regierung es ablehnte, den Schritt der Sowjetunion zu unterstützen und damit die volle Zufriedenheit bei den amerikanischen Imperialisten auslöste. Die Haltung der Müllerregierung in der Frage des drohenden Krieges im Osten im polnisch-litauischen Konflikt, beistimmt das volle Einklinken der deutschen Regierung unter der Führung sozialdemokratischer Minister in die Politik der Sowjetunion.

In Zeichen der ernstesten Kriegesgefahr stimmt die deutsche Sozialdemokratie der Bewilligung der Mittel zur Ausführung des neudeutschen Imperialismus zu. So entsarot die SPD selbst die Demagogie ihres erbärmlichen „Nie-wieder-Kriegesgeheiß“. Die deutsche Sozialdemokratie marschiert mit Kriegsschritten ihrem neuen 4. August entgegen. Sie, die heute den Panzerkreuzer für Ministerposten bewilligt, wird auch „in der Stunde der Gefahr das kapitalistische Vaterland nicht im Stich lassen“, wird auch bei dem kommenden heiligen Kreuzzug der „Inkultation gegen den Bolschewismus“ auf der Seite der Imperialisten stehen.

Die deutschen Arbeiter müssen daraus die Lehre ziehen: Heraus aus der Partei der Panzerkreuzer-Bewilliger! Gemeinsame Kampffront unter der Fahne des Klassenkampfes, mit der Kommunistischen Partei, gegen die Kriegstreiber und ihre Handlanger, gegen die Koalitionsregierung! Für die Einheitsfront der Arbeiter! Für die Sowjetunion!

## 9 Jahre Ausbeuterverfassung

Mit Feuerwehr und Raketen, mit Reichswehrparaden, Reichsbanneraufmärschen und Waffenlegen wird heute der Jahrestag der Weimarer Verfassung in ganz Deutschland gefeiert. Währlich, es ist kein Wunder, wenn der Verfassungsrundel gerade für die Regierung des Truhtkapitals, die Koalitionsregierung, eine Herzensangelegenheit ist, erfüllt doch die Weimarer Verfassung in geradezu idealer Weise die Forderungen, die von der Ausbeuterklasse in der heutigen geschichtlichen Uebergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus an eine Verfassung überhaupt gestellt werden können.

Die herrschende Klasse hat eine Verfassung nötig, die ihr das Recht auf Ausbeutung der Arbeiterchaft, das kapitalistische Privateigentum sichert: das ist die Weimarer Verfassung.

Die herrschende Klasse hat eine Verfassung nötig, die ihr die Ausübung und Aufrechterhaltung der Diktatur über die wertaktigen Massen in geistlichen Formen ermöglicht: das ist die Weimarer Verfassung.

Die herrschende Klasse braucht eine Verfassung, die die für die kapitalistische Ausbeutung geeignete Staatsform festlegt und sie vor der revolutionären Umwälzung durch das Proletariat schützt: das ist die Weimarer Verfassung.

Die herrschende Klasse hat endlich eine Verfassung nötig, die die Diktatur der Bourgeoisie in demokratische Formen kleidet, sie unkenntlich und unkenntlich macht: das ist die Weimarer Verfassung, die Verfassung der bürgerlich-demokratischen Republik.

Wenn die sozialdemokratischen Festredner heute erklären, die Weimarer Verfassung habe sich „durch alle Stämme der vergangenen Jahre hindurch bewährt“, so haben sie in diesem einen Punkte recht: sie hat sich bewährt als Instrument der Kapitalistenklasse zur Aufrechterhaltung ihres von Blut und Schmutz triebenden Regimes, bewährt als Kampfinstrument der Bourgeoisie gegen das Proletariat.

Wenn die Truhtherren, die Ministersozialisten, den Verfassungstag der Ebert-Hindenburg-Republik durch prunkvolle Festlichkeiten feiern lassen, so haben sie von

ihrem Standpunkt aus durchaus recht: Ist doch von altersher die Gewohnheit der Nachhaher gewesen, Siegestage zu feiern: der Verfassungstag ist der Tag des Sieges der Gegenrevolution über die proletarische Revolution. Der Weg zum heutigen Verfassungstag führte über die Leichen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, über 15 000 ermordete proletarische Revolutionäre.

Die Weimarer Verfassung ermöglichte es der Bourgeoisie, die Ausübung ihrer Gewalt Herrschaft in den verschiedensten Formen den jeweiligen Kräfteverhältnissen anzupassen: von der Koalitionsregierung mit kleinbürgerlichem Einschlag, von der Weimarer Koalition bis zum Ausnahmezustand im Jahre 1923, vom Bürgerblock bis zur heutigen Koalition, der Regierung des Monopolkapitals. Sie hat es den verschiedenen Schichten der Kapitalistenklasse, Schwerindustrie und Fertigungsindustrie, Agrarkapital und Bankkapital, stets ermöglicht, die Macht gemeinsam auszuüben. Sie eignet sich insbesondere zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft mit Hilfe des Koalitionsbetrugs.

Nur zu einem einzigen Zwecke ist die Weimarer Verfassung ungeeignet: zur Wahrung der proletarischen Interessen. Nur eins ist unmöglich: den Willen der wertaktigen Millionen im Rahmen der Weimarer Verfassung, der parlamentarischen Demokratie durchzuführen. Der Volksentscheid hat an einem besonders krassen Beispiele gezeigt, daß die Kapitalisten auf die Paragraphen der Verfassung pfeifen, wenn durch sie die heiligen Interessen des Privateigentums gefährdet werden können.

Ohne Zweifel würde die Ausbeuterklasse auch auf die gesamte Weimarer Verfassung pfeifen, sobald sie sich nicht mehr als der geeignete Schutz des kapitalistischen Privateigentums erweisen würde. Die Bourgeoisie ist ebenso bereit, mit dem faschistischen Terror als mit der bürgerlichen Demokratie ihre Diktatur auszuüben oder beide Methoden zu kombinieren. Die Weimarer Verfassung ist für sie nichts Ewiges, wohl aber heute, unter den heutigen sozialen und politischen Verhältnissen Deutschlands ihr geeignetes Rechtinstrument zur Unterdrückung